

Matthias Bernt und Andreas Peter

Bevölkerungsrückgang und Alterung als maßgebliche Entwicklungsdeterminanten: der Fall Weißwasser

1 Einleitung

Die Folgen des demographischen Wandels werden derzeit breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Bisher galt die Aufmerksamkeit vor allem den Auswirkungen auf Beschäftigung, Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheit, Pflege). Die räumlichen Auswirkungen von Bevölkerungsrückgängen und der Alterung der Bewohnerschaft wurden im Gegensatz dazu bis vor kurzem nur wenig beachtet¹, geraten aber zunehmend in den Blickwinkel (vgl. Müller & Siedentop 2003; Rosenfeld & Schlömer 2004; Müller 2004). Vor allem für ostdeutsche Städte und Kommunen gehört der Umgang mit massenhaften Wohnungsleerständen und einer nicht mehr ausgelasteten sozialen und technischen Infrastruktur bereits zum Tagesgeschäft der Stadtentwicklung. Die Verschränkung von hoher Abwanderung und niedrigen Geburtenziffern führt hier auf die Dauer zu einer sich selbst beschleunigenden Entwicklung, die Ostdeutschland nahezu flächendeckend zu einem demographischen Problemfall „par excellence“ macht.

Vor diesem Hintergrund diskutiert der vorliegende Beitrag ausgewählte Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Fallstudie (Kabisch, Bernt & Peter 2004), die die Probleme von Bevölkerungsrückgang, Wohnungsleerständen und Stadtumbau in der sächsischen Mittelstadt Weißwasser untersucht hat. Wichtigstes Ergebnis dieser Untersuchung ist die Erkenntnis, dass sich in besonders hart vom ökonomischen Bedeutungsverlust und demographischen Wandel betroffenen ostdeutschen Klein- und Mittelstädten eine Eigendynamik herausbildet, die Schrumpfung zum bestimmenden Thema der Stadtentwicklung und Stadtumbau zu einer Daueraufgabe macht. Verschiedene Momente dieser Dynamik (Altersaufbau, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Wohnungsangebot, Sozialstruktur) verstärken sich dabei gegenseitig und bewirken einen kumulativen Abwärtstrend.

Die nachfolgenden Ausführungen veranschaulichen diese Diagnose anhand ausgewählter Ergebnisse der Weißwasser-Studie. Dazu wird zunächst Weißwasser vorgestellt (Kap. 2), bevor anschließend die sozial-

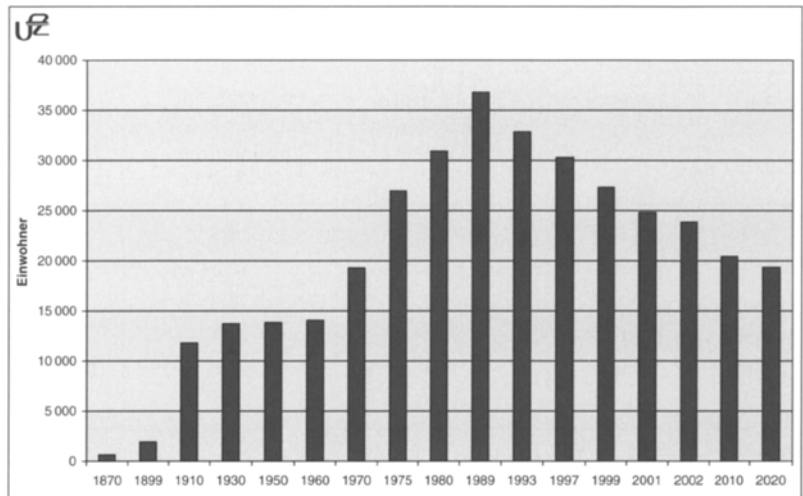
strukturelle und demographische Dynamik in der schrumpfenden Stadt (Kap. 3), die daraus resultierenden Konsequenzen für verschiedene kommunale Entwicklungsaufgaben (Kap. 4) und die Zukunft des Wohnungsbestandes (Kap. 5) diskutiert werden. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf „temporäre Viertel“ gelegt, die im Zuge des Stadtumbaus entstehen (Kap. 6). Auf dieser Grundlage werden praktische Handlungserfordernisse für die Stadtentwicklung abgeleitet, die sich aus der Verschränkung von Alterung und Bevölkerungsrückgang ergeben (Kap. 7).

2 Weißwasser: Von der Industriestadt zur Schrumpfstadt

Die sächsische Stadt Weißwasser liegt in einer peripheren Verkehrslage in der Oberlausitz, ca. zehn Kilometer von der Grenze zur Republik Polen entfernt. Ihre wirtschaftliche Entwicklung wurde durch mehrere Industrialisierungswellen geprägt: Ein erster Industrialisierungsschub Anfang des 20. Jahrhunderts machte das kleine Heidedorf zu einem Zentrum der Glaserzeugung. Von deutlich stärkerer Relevanz war ab Mitte der 1960er Jahre der Ausbau zum Energiezentrum. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Stadt ein wichtiger Standort des Lausitzer Kohle- und Energiereviere, mit dem zur damaligen Zeit größten Wärmekraftwerks Europas auf Braunkohlebasis im benachbarten Boxberg.

Infolge dieser industriellen Expansion erlebte die Stadt eine Phase rapiden Bevölkerungswachstums. Mit der Ausweitung des Braunkohletagebaus verdoppelte sich ab 1960 die Bevölkerung innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten und wuchs auf ca. 31 000 Einwohner an. Der Höhepunkt wurde 1987 erreicht, als Weißwasser 37 400 Einwohner zählte (Stadtverwaltung Weißwasser 2001, S. 6). Zu diesem Zeitpunkt wurden in und um Weißwasser 60 % des Wirtschafts- und Bleigases und 20 % der Elektroenergie der DDR produziert sowie 16 % der Rohbraunkohle gefördert.

Abbildung 1
Bevölkerungsentwicklung in Weißwasser
zwischen 1870 und 2002 und –prognose bis 2020



Quelle: Stadtverwaltung Weißwasser 2001, S. 7, 21

Um Unterkunft für die Beschäftigten des neuen Kraftwerks und der Tagebaue zu schaffen, wurden im südlichen Bereich der Stadt in rascher Folge neue Wohngebiete errichtet. Die neuen Wohnviertel wurden dabei ausschließlich mit Mitteln des industriellen Wohnungsbaus, d.h. in Plattenbauweise erbaut; rund 10 600 von mittlerweile 14 800 Wohnungen in Weißwasser entstanden so (Stadtverwaltung Weißwasser 2001, S. 9).

Diese Besiedlungsgeschichte prägt bis heute die Bevölkerungsstruktur und den Charakter des Wohnungsangebots. Denn nach Fertigstellung der Wohnungen zogen vorwiegend junge Familien ein, die nach Weißwasser kamen, um hier einen Arbeitsplatz in den neu entstehenden Industriestandorten einzunehmen. Angepasst an deren Bedarf wurden die Wohnungen relativ klein und zum überwiegenden Teil als auf Zwei-Generationen-Kernfamilien zugeschnittene Drei-Zimmer-Wohnungen gebaut. Die Belegung der einzelnen Wohnkomplexe erfolgte darüber hinaus in einem hohen Maße alters- und haushaltshomogen, so dass für die betreffenden Gebiete „demographische Wellen“ entstanden. In der Folge altert die Bewohnerschaft sozusagen mit ihren Gebieten, wodurch sich die Anforderungen an die wohnungsnah soziale Infrastruktur mit deren Lebenszyklus verändern.

Nach der Wiedervereinigung musste die Stadt einen erheblichen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust ertragen. Die Schließung von Industrieunternehmen bzw. deren dramatische Verkleinerung führte zum Verlust tausender Arbeitsplätze. Im Jahr 2001 lag die Arbeitslosenquote bei rund 23 % (Stadtverwaltung Weißwasser 2001, S. 26), im März 2004 sogar bei über 26 % (Bundesanstalt für Arbeit 2004). Ohne Vorverrentung,

Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen würde diese Quote weit jenseits der 30-%-Marke liegen. Weißwasser ist ein prägnantes Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, die nicht nur deindustrialisiert, sondern geradezu deökonomisiert ist (Hannemann 2004, S. 203).

Angesichts des Mangels an Arbeitsplätzen und der erkannten Alternativlosigkeit kehrten zahlreiche Weißwasseraner ihrer Stadt den Rücken und zogen in wirtschaftlich stärkere Regionen. Dem raschen Bevölkerungsanstieg der Jahre zwischen 1965 und 1987 folgte nun der umgekehrte Prozess in einer nicht weniger rasanten Art und Weise.

3 Irreversible Bevölkerungsverluste und Veränderungen der Bevölkerungsstruktur

Während bis Ende der 1980er Jahre die Bevölkerungsentwicklung Weißwassers durch Wachstum infolge eines positiven Wanderungssaldos und eines Geburtenüberschusses geprägt war, kehrte sich die Situation seit der Wende vollkommen um. Massenabwanderung und Geburtendefizit prägen heute die demographische Entwicklung der Stadt.

Zwischen 1987 und 1999 sank die Einwohnerzahl um etwa ein Viertel (Stadtverwaltung Weißwasser 2001, S. 8). Eine Abschwächung dieses Abwärtstrends ist bis heute nicht in Sicht; der Schrumpfungsprozess hält vielmehr unvermindert an und gewinnt an Eigendynamik. Weißwasser verliert jährlich etwa 4 % seiner Einwohner, was nach wie vor zu 80 % durch die Abwanderung verursacht ist. Zwei Zehntel des Bevölkerungsrückgangs werden allerdings bereits durch das

Tabelle 1

Demographische Rahmendaten der Stadt Weißwasser 1998 – 2003

Jahr	Einwohner	Bevölkerung unter 15 Jahren in Prozent	Bevölkerung im Alter von 65 und darüber in Prozent	Überschuss Lebendgeborene bzw. Gestorbene je 1 000 Einwohner	Überschuss Zu- bzw. Fortzüge je 1 000 Einwohner	Gesamtveränderung je 1 000 Einwohner
1998	28 605	15,7	11,5	-2,2	-55,2	-57,4
1999	27 315	14,5	12,3	-3,4	-42,8	-46,1
2000	26 107	13,5	13,2	-4,1	-40,9	-45,0
2001	24 815	12,4	14,4	-4,4	-46,3	-50,8
2002	23 862	11,4	15,6	-5,0	-34,1	-39,1
2003	22 966	10,3	16,8	-6,2	-31,9	-38,1

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (www.statistik.sachsen.de)

Geburtendefizit verursacht. Das wird sich verstärken, denn die Abwanderung gerade der jüngeren Personengruppen, die sich in der Familiengründungsphase befinden, führt zu einem weiteren Absinken der Geburtenraten. Wurden 1987 noch über 14 Lebendgeborene je 1 000 Einwohner gezählt (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1989, S. 369), verringerte sich diese Zahl bis 2001 auf 5,8 (www.statistik.sachsen.de, 10.11.2004). Auch im Vergleich zur Bundesrepublik (8,9) und zum Freistaat Sachsen (7,3) ist die Weißwasseraner Geburtenrate damit stark unterdurchschnittlich (Statistisches Bundesamt 2003, S. 68; Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2002, S. 56).

Die Abwanderungen der 1990er Jahre beeinträchtigen also auf Dauer die natürliche Reproduktionsfähigkeit Weißwassers und bewirken eine Verstärkung des in der einseitigen Besiedlung bereits angelegten Trends zur Alterung. In der Folge nimmt der Anteil des natürlichen Geburtendefizits am Bevölkerungsverlust kontinuierlich zu (vgl. Tab. 1). Die anhaltende Abwanderung und dauerhaft niedrigen Geburtenraten führen zu sinkenden Kinderzahlen und wachsenden Anteilen über 65-jähriger Bewohner. Die Altersstruktur verschiebt sich von einer Stadt junger Familien in Richtung „Rentnerstadt“.

Die demographischen Zäsuren der letzten Jahre sind damit – ohne massive Zuwanderungen, die anzunehmen es kaum Gründe gibt – irreversibel. Damit gerät die Stadt in eine Abwärtsspirale mit anhaltendem Bevölkerungsverlust und zunehmender Alterung der Bewohnerschaft. Bezogen auf die Altersstruktur in Weißwasser ist demzufolge eine mehrfach gebrochene Entwicklung festzustellen, in der sich die Folgen der demographisch einseitigen Besiedlung in den 1960er bis 80er Jahren und der Abwanderung der 90er Jahre überlagern und wechselseitig verstärken.

4 Folgeprobleme der Stadtentwicklung

Von den aus dieser Verschränkung ungünstiger Entwicklungsbedingungen resultierenden anhaltenden Bevölkerungsrückgängen werden auf Dauer nahezu alle Ressorts der Stadtentwicklung in Mitleidenschaft gezogen. So verursacht beispielsweise der starke Rückgang des Verbrauchs an Trink- und Brauchwasser sowie Energie und Fernwärme wachsende betriebswirtschaftliche und technische Probleme für die Betreiber. Es kommt nicht nur zu einem schlechteren Verhältnis zwischen Kosten und Umsätzen, sondern auch zu technischen und hygienischen Problemen. Ohne immense zusätzliche Investitionen führt dies ab einem bestimmten Zeitpunkt direkt zur Funktionsunfähigkeit der Leitungsnetze (Moss 2003). Um den Kollaps der Versorgungssysteme zu verhindern, müssen die Leitungssysteme rückgebaut, um- und neuverlegt werden. Grobe Schätzungen gehen hierfür von Kosten in Höhe von 800 bis 1 500 Euro je Wohneinheit aus (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Brandenburg 2002, S. 18).

Erhebliche Folgen hat die Schrumpfung auch für die soziale Infrastruktur der Stadt. Infolge des drastischen Rückgangs an Schülern und Auszubildenden mussten bereits Schulen, Kindertagesstätten und Lehrlingswohnheime geschlossen werden. Auch das Weißwasseraner Kino stellte Mitte der 90er Jahre den Betrieb ein, und das ehemalige Kreiskulturhaus wird nur noch in Teilen betrieben. Weitere altersübergreifende Einrichtungen wie Bibliotheken, Zoo und verschiedene Sportanlagen sehen sich unter Druck. Geradezu spiegelbildlich wächst hingegen der Bedarf an Senioreneinrichtungen wie Versorgungsstätten, spezialärztliche Praxen und Freizeittreffs.

Für die lokale Wirtschaft hat der Kundenrückgang zu erheblichen Umsatzeinbußen geführt, die vor allem Kleinunternehmen in eine schwierige wirtschaftliche

Lage bringen. Die Kaufkraft wird derzeit noch durch die hohen Renten der ehemals im Bergbau beschäftigten Pensionäre hochgehalten und befindet sich etwa auf einem Niveau von 78 bis 80 % des Bundesdurchschnitts (Stadtverwaltung Weißwasser 2001, S. 24). Auf absehbare Zeit werden aber genau diese stabilen Kundestämme wegbrechen und zunehmend durch Rentner ersetzt, die aufgrund langjähriger Arbeitslosigkeit von deutlich geringeren Bezügen leben müssen. Die Alterung wird darüber hinaus zum Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen führen, so dass das Niveau wirtschaftlicher Aktivität weiter zurückgehen wird. Eine weitere Schwächung der lokalen Wirtschaftskreisläufe, ein zurückgehendes Niveau in der gewerblichen Versorgung mit Waren und Dienstleistungen und weitere Steuerausfälle sind die absehbaren Folgen.

Fatalerweise schrumpft mit sinkender Einwohnerzahl auch das Vermögen der Kommune, diese Entwicklung aufzufangen. Denn der Rückgang von Bevölkerung und Gewerbe sowie der demographische Wandel führen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite des Kommunalhaushalts zu einem erheblichen Druck auf die öffentlichen Budgets. Zwar werden die Einnahmeausfälle durch Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und EU teilkompensiert, allerdings sind diese Zuweisungen an entsprechende Bevölkerungszahlen gekoppelt. Verarmung und Alterung verstärken diese Entwicklungstendenz noch zusätzlich, da einerseits immer weniger Personen am Erwerbsleben teilnehmen und andererseits vor Ort immer weniger zahlungskräftige Nachfrage zur Verfügung steht, um gewerbesteuerpflichtige Kleinbetriebe zu tragen. Selbst ein schonungsloser Sparkurs kann das Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Stadthaushalt nur schmälern, aber nicht auflösen. Denn auf der Ausgabenseite steht die Kommune vor dem hinlänglich bekannten Problem der Kostenremanenzen (Seitz 2002), so dass bei einem Rückgang der Bevölkerung die Ausgaben für Infrastruktur und Verwaltung nicht in gleichem Verhältnis reduziert werden können.

Festzustellen ist also, dass die Schrumpfung zur wesentlichen Determinante der Weißwasseraner Stadtentwicklung geworden ist. Sie verursacht eine ganze Reihe von Problemen, die sich überlagern und gegenseitig verstärken. Das im Zuge von industrieller Expansion entstandene „Kleid der Stadt“ passt nun nicht mehr zu dem wesentlich geschrumpften Umfang seiner Bevölkerung und dem städtischen Aufgabenbereich (Kabisch 2002). Das „Ändern des Kleides“ erfordert Anstrengungen, die mit erheblichen Kosten verbunden sind und alle Bereiche der Stadtentwicklung betreffen.

Die Problematik lässt sich dabei nicht allein auf den Abbau der Überkapazitäten auf dem Wohnungsmarkt beschränken, die im Zuge der DDR-Industriepolitik entstanden sind. Denn die Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, Wegzug junger Bewohner und Alterung der verbleibenden Weißwasseraner führt zu einer kumulativen Abwärtsspirale, die die weitere Schrumpfung der Stadt vorantreibt.

5 Wohnungsbestand und Stadtumbau

Die auffälligste Folge dieser Schrumpfungsspirale ist ein massiver Wohnungsleerstand. Dieser stieg in Weißwasser ab Mitte der 1990er Jahre rasch an und umfasste im April 1999 bereits 1 816 leere Wohnungen, etwa 21 % der Plattenbauwohnungen in Weißwasser. Um diesem Leerstand entgegenzutreten, wurde Ende 2001 ein Stadtentwicklungskonzept verabschiedet und der Abriss von 4 000 Wohnungen in Weißwasser-Süd bis zum Jahr 2010 beschlossen. Das relativ peripher gelegene Teilgebiet „Am Südpark“ wurde als Kern des Abrissvorhabens ausgewählt (Stadtverwaltung Weißwasser 2001). Da sich die Bevölkerungszahlen seitdem noch negativer als erwartet entwickelt haben, wird mittlerweile bereits über den Abriss zusätzlicher 1 000 Wohnungen diskutiert, so dass in Weißwasser insgesamt der Abriss von 5 000 Wohnungen ansteht. Dies entspricht etwa der Hälfte des Plattenbaugebiets bzw. einem Drittel des gesamten städtischen Wohnungsbestands.

Parallel zur quantitativen Reduzierung ist schon jetzt eine Notwendigkeit zum Umbau des Wohnungsbestands erkennbar. Denn das beschriebene Phänomen der „demographischen Wellen“ bedingt zusammen mit den anhaltenden Fortzügen eine laufende Verschiebung in der Alters- und Haushaltsstruktur.

Infolge dieser Veränderung kommt es auf absehbare Zeit nicht nur zu einem Nachfragerückgang, sondern darüber hinaus zu einem neuen Bedarf an altengerechten und auf kleine Haushalte ausgerichteten Wohnungen. Da die Grundrisse im Plattenbestand Weißwassers aber zum Großteil auf Zwei-Generationen-Kernfamilien zugeschnitten sind, führt die beschriebene Entwicklung zu einem Anpassungsbedarf bei den Wohnungsgrundrissen.

Eine besondere Rolle spielt hier zukünftig die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen. Um ein möglichst langes, unabhängiges und selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden und in vertrauter Umgebung zu ermöglichen, müssen Wohnungen und Häuser altengerecht umgebaut werden. Beispielsweise müssen rutschfeste Bodenbeläge ein-

gebracht, Sanitäranlagen umgebaut, Barrierefreiheit geschaffen oder Aufzüge eingebaut und dafür Investitionsmittel bereitgehalten werden.

Eine weitere Herausforderung ist die Anpassung der Wohnungszuschnitte – als Folge der verkleinerten Haushalte, aber auch der Abrissplanung in Weißwasser. Im Zusammenhang mit Letzterem muss auf eine Besonderheit der Wohnungsstruktur in Weißwasser hingewiesen werden: Der von 3-Raum-Wohnungen dominierte und auf junge Familien zugeschnittene Wohnungsbestand setzt sich im Wesentlichen aus den zwei Bautypen „P2“ und „WBS 70“ zusammen. Sie kamen in verschiedenen Bauabschnitten zum Einsatz – in früheren „P2“, in späteren „WBS 70“ – und unterscheiden sich grundlegend in ihren Grundrissen. Wegen der Festlegung des Abrissgebiets auf die südwestlichen Randlagen der Stadt mit vorrangig unsanierten Wohnungsbeständen wird der Typ „WBS 70“ vollkommen aus dem Wohnungsangebot verschwinden. Dies ist für die Bewohner problematisch, denn der Typ „P2“ besitzt nur eine innenliegende Küchenzelle, die über eine Durchreiche mit dem Wohnzimmer verbunden ist, während der „WBS 70“ mit einem eigenen Küchenraum mit Fenster ausgestattet ist und sich deshalb allgemein einer höheren Beliebtheit erfreut. Ein Umzug von einer „WBS 70“-Wohnung in eine „P2“-Wohnung ist deshalb wenig populär. Um den Freizug der „WBS 70“ möglich zu machen, muss also der Wohnungstyp „P2“, der in Zukunft alternativlos sein wird, umgebaut werden. Denkbar wären z.B. nach dem Auszug des Kindes die Nutzung des Kinderzimmers als Küche mit Fenster und eine Vergrößerung des Wohnzimmers. Auf diese Weise könnten die sehr kleinen Dreiraumwohnungen (58,5 m²), die ca. 90% des gesamten Bestandes ausmachen, den Anforderungen der Bewohner besser gerecht werden und zu einer höheren Akzeptanz der Umzugsangebote führen.

Quantitativ ist also mit einem anhaltenden Rückgang der Einwohnerzahl zu rechnen, weitere Wohnungen müssen vom Markt genommen werden. Qualitativ sind die zu erhaltenden Bestände vor allem an die veränderten Anforderungen anzupassen. Zentrales Thema ist hier die Zunahme kleinerer und älterer Haushalte. Sie sollte von Grundriss-, Ausstattungs- und Nutzungsänderungen im Wohnungsbestand begleitet werden, um Spielräume für eine höhere Wohnzufriedenheit zu eröffnen.

Wohnungswirtschaftlich stellt dies ein Problem dar. Denn der Stadtumbau trifft in Weißwasser auf eine Bevölkerung, die im letzten Jahrzehnt einen dramatischen sozialen Abstieg hinnehmen musste, der sich in einer hohen Arbeitslosigkeit und einem überdurch-

schnittlichen Anteil von Beziehern niedriger Einkommen ausdrückt. Nahezu jede Familie ist von Arbeitslosigkeit betroffen, und „Normalarbeitsverhältnisse“ sind in Weißwasser inzwischen eine Ausnahme, was sich auf die Haushaltseinkommen auswirkt. Diese liegen in allen Haushaltstypen unter dem sächsischen und weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, mit Ausnahme der gegenwärtigen Rentnerhaushalte. In Zukunft ist aber mit deutlichen Verschiebungen der Einkommenssituation in Weißwasser zu rechnen, denn auch ältere Menschen werden dann zu den Beziehern niedriger Einkommen gehören. Für die Wohnungsunternehmen sind damit die Möglichkeiten, die Kosten für den notwendigen Umbau aus steigenden Mieten zu refinanzieren, sehr begrenzt.

An dieser Stelle zeigt sich ein Hauptproblem des derzeitigen Stadtumbaus: Der vergleichsweise kostenaufwendige Umbau ist für die Vermieter aufgrund sinkender Finanzspielräume nur schwer realisierbar und für die Bewohner sind höhere Mieten nicht tragbar. Einem qualitativ angemessenen Stadtumbau stehen also harte ökonomische Restriktionen gegenüber.

6 Stadtviertel auf Zeit

Die genannten Restriktionen gelten in noch einmal zugespitztem Maße für diejenigen Bestände, die jetzt noch bewohnt sind, aber aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung auf lange Frist leer fallen werden. Im zunehmenden Maß entstehen hier Stadtteile, deren Bild von Abrissen geprägt ist und deren Bewohner auf ihren Auszug warten. Zeichen des Untergangs prägen in diesen Vierteln die Atmosphäre: Sukzessive werden zum Abriss vorgesehene Häuser entkernt und vernagelt, Instandsetzungen und Reparaturarbeiten werden nicht mehr vorgenommen, Läden schließen. Entscheidend ist hier, dass sich all diese Auflösungserscheinungen über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren hinziehen. In Weißwasser, wo bis 2010 der Abriss etwa eines Drittels des Gesamtwohnungsbestandes vorgesehen ist, geraten damit weite Teile der Stadt auf absehbare Zeit in einen Wartezustand, der sich als „Nicht mehr, noch nicht“ beschreiben lässt.

Dieser Zustand ist nicht nur eine Übergangserscheinung, die die aktuelle Phase des Stadtumbaus in Weißwasser begleitet. Da sich der Bevölkerungsrückgang auf absehbare Zeit kontinuierlich fortsetzen wird, kommt es vielmehr längerfristig zu einer Situation, in der mehr Wohnungen und Infrastruktur vorhanden sind, als gebraucht werden. Die damit vorhersehbare Herausbildung „temporärer Viertel“ (Beer 2002) wirkt sowohl für die praktische Stadtplanung als auch für die

Stadtforschung eine ganze Reihe neuer Fragen auf. Denn der unaufhaltsame Niedergang von Infrastruktur, Nachbarschaft und Gewerbe ist für die Bewohner mit Verunsicherungen und Verlusterfahrungen verbunden und kann zu Lethargie, Resignation und Aggressionen führen, die sich in den betroffenen Vierteln räumlich verfestigen. In dieser Situation gleichzeitig das Viertel zu organisieren und die immer noch vor Ort wohnenden Bewohner in die Stadtgesellschaft zu integrieren, wird eine Aufgabe, für die es bislang kaum Erfahrungen gibt. Erschwert wird sie noch dadurch, dass die Entleerung voraussichtlich selektiv verlaufen wird, so dass eine verstärkte Konzentration von so genannten „A-Gruppen“ (Arme, Alte, Arbeitslose, Aussiedler, Alleinerziehende) zu befürchten ist. Die Herausbildung und Verstärkung sozialer Brennpunkte ist unter diesen Bedingungen wahrscheinlich.

Sollen „Bleibenmüssen“, soziale Probleme und Frustration nicht sich selbst überlassen bleiben, wird der Abbau von Stadtvierteln von temporären Aufwertungsmaßnahmen begleitet werden müssen. Hier ergibt sich ein weiteres Problem: Mittel in einen Bestand investieren zu müssen, der keine Zukunft hat, ist wirtschaftlich nur selten darstellbar. Insbesondere die Wohnungsunternehmen stehen hier vor der Herausforderung, mit dauerhaft sinkenden Einnahmen nicht nur Umbau und Sanierung der Verbleibbestände organisieren, sondern darüber hinaus Mittel in Wohnungen investieren zu müssen, die es noch vor Ablauf der Amortisationsfristen nicht mehr geben wird.

7 Schrumpfung und Stadtumbau – Schlussfolgerungen und Herausforderungen

Es wird deutlich, dass der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Basis und die dadurch ausgelöste Schrumpfung der Einwohnerzahl die maßgeblichen Determinanten der Weißwasseraner Stadtentwicklung sind. Die Abwärtsentwicklung ist dabei kein Anpassungsproblem, sondern auch langfristig ist nicht mit einem Ende des Niedergangs und einer Stabilisierung der Lage zu rechnen. Die Auswirkungen der Schrumpfung beschränken sich außerdem nicht nur auf die Anpassung des Wohnungsbestands an eine geringere Nachfrage, sondern ziehen auch scheinbar entfernte Bereiche wie die Kommunalfinanzen, die Fernwärmeversorgung, die Pflegedienste oder das Kulturangebot in Mitleidenschaft. Die Probleme sind zudem miteinander verschränkt und drohen sich als eigen-dynamische Prozesse zu verfestigen.

Abwanderung und demographische Alterung führen damit tatsächlich zu einer neuen Dynamik der Stadtentwicklung. Dies trifft aber nicht nur für Weißwasser, sondern – zumindest auf mittlere Sicht – für viele deutsche Städte zu. So können am Beispiel Weißwassers einschlägige Problemstrukturen und Handlungslinien erkannt werden, in denen planerische Intervention nicht nur dringend erforderlich, sondern auch möglich ist:

(1) Da die Bevölkerung Weißwassers auf absehbare Zeit weiter schrumpft, wird Stadtumbau nicht nur zum einmaligen Kraftakt, sondern auch mittel- bis langfristig zur Daueraufgabe. Die fördertechnische Konstruktion des Stadtumbaus als Sonderprogramm wird dieser Situation nur begrenzt gerecht.

(2) Mit dem drastischen Sinken der Einwohnerzahlen sind erhebliche Folgeprobleme bezogen auf die Versorgungseinrichtungen in den betroffenen Vierteln verbunden. Weder die Kommune noch Versorgungsunternehmen oder Gewerbetreibende verfügen über die finanziellen Möglichkeiten, diese Probleme aufzufangen. Aus diesem Grund ist es nötig, Fördertatbestände über den Wohnungssektor hinaus auszuweiten.

(3) Die durch Abwanderung und Alterung bedingte Verschiebung der Bevölkerungsstruktur macht es notwendig, den Abriss von leer stehenden Wohnungen mit einem Umbau von Teilen der Verbleibbestände zu verbinden. Auch hier ergeben sich finanzielle Bedarfe, die über die Unterstützung einer rein quantitativen Bereinigung des Wohnungsmarkts hinausreichen.

(4) Im Zuge des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs kommt es zur Herausbildung von „temporären Vierteln“. Hier werden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität nötig werden, die von vornherein temporär angelegt sind, wenig kosten und flexibel auf sich rasch ändernde Situationen reagieren können.

Im Vergleich mit der bisherigen fachpolitischen und wissenschaftlichen Diskussion, die Schrumpfung und Stadtumbau entweder vorrangig als Wohnungsmarktpproblem behandelt oder vor allem nach den paradigmatischen Konsequenzen eines „Abschieds vom Wachstum“ fragt, wird also deutlich, dass die Begleitung von Schrumpfungsprozessen zwar durchaus neue Probleme aufwirft und neue Steuerungsansätze verlangt. Bei aller Dramatik entzieht sich Schrumpfung nichtsdestotrotz weder der Möglichkeit intellektueller Durchdringung noch der Aussicht auf planerische Steuerung. Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten können im Gegenteil relativ klar benannt werden. Es gilt vor allem, sie zu ergreifen.

Anmerkung

(1)

Ein prominentes Beispiel hierfür ist der Bericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ (Deutscher Bundestag 2002), in dem auf 300 Seiten die Folgen des demographischen Wandels für die Städte und Regionen keine Erwähnung finden.

Literatur

- Beer, I. (2002): „Wohnen und Leben im Wartestand“. Ein Quartier in Schwedt zwischen Abriss und Aufwertung. In: Berliner Debatte Initial, Heft 13, S. 49–56
- Bundesanstalt für Arbeit (2004): Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt in Ostdeutschland – Stand April 2004. – Nürnberg. = IAB Werkstattbericht Nr. 0.4
- Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und an die Politik. Drucksache 14/8800. – Berlin
- Hannemann, Chr. (2004): Die Transformation der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt. In: Siebel, W. (Hrsg.): Die europäische Stadt. – Frankfurt a.M, S. 197–207
- Kabisch, S. (2002): Wenn das Kleid der Stadt nicht mehr passt – Strategien im Umgang mit dem Wohnungsleerstand in ostdeutschen Städten. In: Hannemann, C.; Kabisch, S.; Weiske, C. (Hrsg.): Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. – Berlin, S. 29–54
- Kabisch, S.; Bernt, M.; Peter, A. (2004): Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie. – Wiesbaden
- Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Brandenburg (2002): Zwischenbericht zum Stadtumbau und Brandenburg. – Potsdam (unveröff. Manuskript)
- Müller, B.; Siedentop, S. (Hrsg.) (2003): Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 1. – Berlin. = Arbeitsmaterialien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 303
- Müller, B. (Hrsg.) (2004): Im Brennpunkt: Demographischer Wandel in Kommunen. In: Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Jg. 43,1
- Moss, T. (2003): Schrumpfungsprozesse und die „unsichtbare Stadt“. In: IRS aktuell, Nr. 40, S. 6–7
- Rosenfeld, M.; Schlömer, C. (Hrsg.) (2004): Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland. Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 4. – Berlin. = Arbeitsmaterialien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 312
- Seitz, H. (2002): Kommunalfinanzen bei schnell schrumpfender Bevölkerung in Ostdeutschland: Eine politikorientierte deskriptive Analyse (www.makro.euv-frankfurt-o.de/declinefinale.pdf, 06.11.2003)
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR (1989): Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. – Berlin
- Stadtverwaltung Weißwasser (2001): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Stadt Weißwasser, erstellt vom Architekten- und Ingenieurbüro Rauh & Petrick GmbH. – Weißwasser
- Statistisches Bundesamt (2003): Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland. – Wiesbaden
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2002): Statistisches Jahrbuch Sachsen 2002. – Kamenz (www.statistik.sachsen.de)

Matthias Bernt
Andreas Peter
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Department Stadt- und Umweltsoziologie
Permoserstraße 15
04318 Leipzig
E-Mail:
matthias.bernt@ufz.de
andreas.peter@ufz.de